

Nr. 6135 J

1994-02-23

II-12689 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

ANFRAGE

der Abgeordneten Heindl, Petrovic, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für Justiz

betreffend Aktivitäten destruktiver Kulte

Am 27. Jänner 1993 fand im Parlament ein Sektenhearing statt, bei dem sich alle Beteiligten darauf einigten, der Sektenproblematik und den damit in zusammenhängenden destruktiven Kulturen durch legislative Maßnahmen und Aufklärung zu begegnen. Auch wurde angeregt, eine interministerielle Kommission einzurichten und entsprechende Präventivmaßnahmen zu setzen. Experten warnen davor, daß die in letzter Zeit immer aggressiver werdenden "neuen religiösen Bewegungen" eine Gefahr für den Staat und die Demokratie darstellen, die keineswegs unterschätzt werden darf. In den letzten Jahren hat sich die Zahl der betroffenen Angehörigen, die bei den zuständigen Stellen Hilfe suchen, verdreifacht und in Österreich sind um die 400 bis 600 verschiedene Gruppen konfliktgeladener, pseudoreligiöser Kulte/Sekten mit über 100.000 Mitgliedern tätig.

Im Dezember 1993 wurde beiliegendes Flugblatt verteilt, herausgegeben von Hare Krishna, der Initiative Neue Linke, Sahaja Yoga und Scientology Kirche Österreich. Die Plattform stellt den Kampf gegen das Sektenunwesen in eine Reihe mit den Judenverfolgungen im Nationalsozialismus. So werden nicht nur die Opfer des Nationalsozialismus für eine völlig verquere politische Optik mißbraucht, es kommt auch zu einem Mißbrauch des Religionsbegriffes durch Organisationen, die ihre Mitglieder finanziell und psychisch ausbeuten.

Da der derzeitige Zustand im bezug auf Rechtslage und Aufklärung völlig unzureichend ist, stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

ANFRAGE:

1. Welche Maßnahmen hat es seit dem Sektenhearing in Ihrem Ministerium gegeben?
2. In der parlamentarischen Anfragebeantwortung 4646/AB vom 23.06.93 gibt der Bundesminister für Inneres an, eine Arbeitsgruppe einsetzen zu wollen, die sich mit der Überarbeitung des Vereinsgesetzes beschäftigen wird. In diesem Zusammenhang werde auch die Sektenproblematik behandelt und Vertreter des Bundesministeriums für Justiz zur Teilnahme am Arbeitskreis eingeladen werden. Wurde diese Arbeitsgruppe eingerichtet bzw. wurden Sie dazu eingeladen? Wenn ja, was ist der aktuelle Diskussionsstand in diesem Arbeitskreis?
3. Inwiefern werden Sie der bei dem Sektenhearing im Parlament gegebenen Anregung nachkommen, die rechtlichen Möglichkeiten abzuklären und auszuschöpfen, um die effektive Strafverfolgung von Gruppen, die geltendes Recht brechen, sicherzustellen?

Dezember 1993

Wie in Österreich das Recht auf Religionsfreiheit eliminiert wird

Mit diesem Flugblatt halten Sie gegen den Willen von Regierung und Amtskirche Informationen in Händen, die mit allen Mitteln bisher von Ihnen ferngehalten wurden. Da aber das Recht auf freie Meinungsäußerung uneingeschränkt und für alle gleichermaßen gelten muß – faktisch aber nur für die gleichgeschaltete staatlich abgesegnete Meinung gilt – sind wir, die Unterzeichner, gezwungen, uns auf diesem inzwischen recht unüblichen und aufwendigen Wege an Sie zu wenden.

Mit Sicherheit sind auch die geistig robusteren unter Ihnen – steter Tropfen höhlt den Stein – von der in den letzten Monaten alle Zeitungen und Fernsehsender füllenden Hetze gegen Kleinreligionen, die unter dem neuen Reizwort „Sekten“ ausschließlich diffamiert werden, nicht verschont geblieben.

Die "Österreich-Offensive" starten auf 6 Seiten im BASTA 11/93 "die unheimlichen Verführer" und bringen "unter dem Schutzmäntelchen der Religionsfreiheit" - (das geht ja zu weit - da beruft sich jemand auf seine Grundrechte!) - "hunderttausend junge Österreicher" dazu, "ihr Leben im Würgegriff von Sekten" fristen zu müssen. Mit Hetzparolen wie "Gehirnwäsche", "Seelenfänger", "Geld-Haie" bläst man wieder zum Pogrom gegen Minderheiten und gibt sämtliche nicht amtskirchliche Religionsgemeinschaften zum öffentlichen Abschuß frei.

Daß diese Pressehetze ihre Wirkung tut, beweist das jüngste Schußattentat von Höttingen/Innsbruck auf die Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas, bei dem vier deren Mitglieder, eines davon schwer, verletzt wurden! Zu den Juden der Tiroler Ritualmordlegende vom "Anderle von Rinn", die seit dem Mittelalter (!) antijüdische Hetze in den österreichischen Köpfen am Köcheln hält, gesellen sich jetzt die Zeugen Jehovas, die angeblich ihre Kinder den religiösen Dogmen opfern. (Frage: Welche Religion rekrutiert ihre Mitglieder als wehrlose Säuglinge und unterzieht sie der Zwangstaufe? Kleinen Religionsgemeinschaften wenden sich Erwachsene zu und das freiwillig.)

Schließlich finden es die österreichischen Schreiberlinge ganz normal, wenn erwachsene Mitglieder von Minderheitsreligionen, meist auf Betreiben deren Eltern, unterstützt durch die Hl. Allianz Kirche, Presse und Justiz, brutal entführt, eingesperrt und von wahrlich christlichen "De-programmierern" mittels psychischer und physischer Gewalt zum Abschwören ihres Glaubens gezwungen werden. Das ist keine mittelalterliche Inquisitionsszene, sondern geschehen in Graz vor 6 Jahren mit dem "Norweger"-Mitglied Dr. med. (!) Kathrin Köberl. (Ekelhafterweise wird genau dieser Fall vom BASTA-Schreibknecht als Aufhänger genützt, das Opfer ihrer katholischen Peiniger zum Opfer der "Sekte" zu verdrehen.)

Jedoch erfahren Sie aus den Zeitungen nie, daß keiner der Verfasser dieser Hetzartikel, die den Kleinreligionen Kriminalität unterstellen, - logischerweise - jemals in der Lage war, vor Gericht den Wahrheitsbeweis seiner Verleumdungen anzutreten; dadurch bleiben für Sie diese in der Öffentlichkeit nicht widerrufenen Lügen als Fakten stehen.

Gleichzeitig wird hinter den Kulissen am Abbau der Rechte der außerkirchlichen Religionsgemeinschaften gearbeitet. Am 27.1.93 ging im Parlament ein "Sektenhearing" über die Bühne, wo unter der Leitung von SPÖ-Klubobmann Fuhrmann Ministeriumsbeamte gemeinsam mit "Beauftragten" der beiden Großkirchen (!) über das weitere Vorgehen gegen staatlich und amtskirchlich nicht lizenzierte Organisationen berieten. Eine Änderung des Vereinsgesetzes, mit dem Ziel der Beseitigung der Steuervorteile von Kleinreligionen allen geistig nicht Angepaßten auf ökonomischem Weg zu schaden, ist geplant.

Im Staatsgrundgesetz ist schon seit 1867 verankert, und von der Menschenrechtskonvention seit 1950 untermauert, daß jedem Staatsbürger dieses Landes volle Gedanken-, Glaubens- und Religionsfreiheit garantiert ist, ja sogar der Staat alle dafür erforderlichen Maßnahmen treffen muß, diese Freiheiten für alle zu sichern. Diese Sicherung ist nach hiesiger Rechtsauffassung eine parlamentarische Anfrage des ÖVP-Abgeordneten Höchtl an den Innenminister (Juni dieses Jahres), worin dieser dazu angeregt wird, das Gesetz auf Lücken zu untersuchen, durch die man das Grundrecht auf Religionsfreiheit umgehen kann...

Tatsache ist, es gibt wieder - wie bei uns zuletzt vor 50 Jahren - Gruppen, auf die die Jagd freigegeben ist.

Das neue Feindbild "Sekte" hat eine lange Tradition, war es doch schon im 13. Jahrhundert so wirksam.* Die Kirche und ihr weltlicher Arm rechnen - leider zurecht - damit, daß nur die wenigsten dessen Ursprung kennen und ins Haßgeblöke von Journalisten, Pfaffen und Gesinnungspolizei dumpf einstimmen. Machen wir ihnen einen Strich durch die Rechnung und schauen wir uns diesen Begriff doch einmal näher an:

Vom antiken „secta“ (von sequi, die Grundsätze, Gesamtheit von Grundsätzen, Schule, Lehre = Philosophenschule) abstammend, ist der Ausdruck seit dem Christentum die Bezeichnung für eine Organisation von Personen, die bei Wahrung des inneren Zusammenhaltes dem örtlichen Bischof nicht gehorchten, also eine organisierte Gruppe von weltanschaulich verbundenen Personen, die der Kirchenhierarchie bewußt Trotz bietet bzw. von ihr unabhängig ist. Seit knapp 2000 Jahren, d.h. seit der Verwendung des Begriffes durch die Christen, gehören noch zwei unverzichtbare Inhalte dazu: eine religiöse Lehre und ein entsprechender Kult.

So bedeutet Sekte korrekt und ohne jede Wertung „religiöse Minderheit“ und nicht etwa wie heute praktiziert "Religionsgemeinschaften minderen Rechts". Schließlich hat ja das Christentum als eine typische Sekte, nämlich als eine hellenistisch-jüdische, angefangen, und deren wesentlichste Merkmale, die ihre Effizienz bedingen, insbesondere die äußerst strenge Organisation, seit jener Zeit bis heute bewahrt.

Bereits 385, mit der Ermordung des ersten Ketzers Priscillian, eines christlichen spanischen Gelehrten in Trier, begann das Christentum seine inneren Streitigkeiten mittels Hinrichtung der unterlegenen Fraktion durchzuführen, sodaß das Wort Sekte für die mit ihm bezeichneten Personen äußerst gefährlich wurde. Für sie war zunächst die Enthauptung, später bei heftig "aufflammenden" Fraktionskämpfen der Scheiterhaufen vorgesehen.

Die Mitgliedschaft in einer religiösen Minderheitsorganisation bedeutet also immer einen Akt intellektueller Selbstbestimmung und daher Selbständigkeit. Diese geistige Unabhängigkeit ist es, die vernichtet werden soll. Die Gemeinsamkeit der von der Verfolgung betroffenen Organisationen ist ihre mangelnde Gleichschaltbarkeit, also muß man sich das auf sie angewandte Reizwort „Sekte“ wie folgt übersetzen:

Staatlich wie kirchlich nicht lizenzierte Vereinigung, die einer eigenen Befehlsstruktur gehorcht und dem Anpassungsdruck widersteht.

Bis heute hat die katholische Kirche ihre inquisitorische Tradition aufrechterhalten - nur wurde sie durch die Französische Revolution gezwungen, sich dabei an das 5. Gebot zu halten - und hat im Staat einen wesentlichen Verbündeten, wobei ihre Monopolstellung in Österreich durch das Konkordat von 1933/34 nochmals gefestigt wurde. Dieser zwischen Dollfuß und Vatikan, in personam Kardinal Innitzer, geschlossene Vertrag legt die Bevorzugung der katholischen Kirche vor allen anderen Religionsgemeinschaften in Österreich fest und räumt der katholischen Kirche das

* Ab 1209 wurde in Südfrankreich 20 Jahre lang ein Kreuzzug gegen die "Katharer" (Ursprung des Wortes "Ketzler") als erste flächendeckend bekämpfte christliche Sekte bis zu deren völliger Ausrottung geführt. Auf die Frage eines Soldaten, wie er unter den 30.000 Einwohnern von Beziers die 15.000 Katharer erkennen sollte, antwortete der päpstliche Legat: "Erschlagt sie alle, der Herr erkennt die Seinen."

Recht auf Gründung staatlich anerkannter Schulen und deren Erhaltung durch den Staat, den Religionsunterricht an staatlichen Schulen, das Recht auf "Militärseelsorge" usw. usf. ein und ist in diesen Punkten auch noch bis heute gültig. Der Einfluß der Kirche auf die Schulen geht heute soweit, daß ein eigener Schul-Beauftragter vom Innenministerium installiert werden soll, dessen Aufgabe es ist, Schulkinder nach den religiösen Überzeugungen "sekten"-verdächtiger Eltern auszuhorchen. Wem fällt dazu nicht sofort das Stichwort Inquisition ein?

Die aktuelle Pressehetze ersetzt das Inquisitionsgericht, die bürgerliche Existenzvernichtung den Scheiterhaufen. In Betrieben angestellte Mitglieder von kleinen Religionsgemeinschaften werden von Mitarbeitern denunziert und arbeitslos, religiös nicht angepaßte Unternehmer werden nach dem Motto "Kauft nicht bei Juden" wirtschaftlich ruiniert.

Letztendlich wird jeder österreichische Bürger – ob er will oder nicht – an der Verfolgung religiöser Minderheiten ohne sein Wissen beteiligt, werden doch unser aller Steuergelder zur Finanzierung von inquisitorischen Vereinen wie dem „Rat für Weltanschauungsfragen“ und der „Gesellschaft gegen Sekten und Kultgefahren“ eingesetzt, die dazu installiert werden, im Rahmen von Hetzveranstaltungen "Aufklärung" zu betreiben. Daß schon die Existenz derartiger Vereine den österreichischen Gesetzen widerspricht, wird durch Artikel 14 des österreichischen Staatsgrundgesetzes und Artikel 6 des österreichischen Staatsvertrages, sowie durch Artikel 9 der Menschenrechtskonvention unmißverständlich klar.

Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867, RGBL Nr. 142, Artikel 14:

"Die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit ist jedermann gewährleistet. Der Genuß der bürgerlichen und politischen Rechte ist von dem Religionsbekenntnisse unabhängig..."

Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950, Artikel 9:

"Jedermann hat Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht umfaßt die Freiheit des einzelnen zum Wechsel der Religion oder der Weltanschauung sowie die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen öffentlich oder privat, durch Gottesdienst, Unterricht, Andachten und Beachtung religiöser Gebräuche auszuüben."

Staatsvertrag von Wien BGBl Nr. 152/ 1955, Artikel 6:

"Österreich wird alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um allen unter österreichischer Staatshoheit lebenden Personen ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion den Genuß der Menschenrechte und der Grundfreiheiten einschließlich der Freiheit der freien Meinungsäußerung, der Presse und Veröffentlichung, der Religionsausübung, der politischen Meinung und der öffentlichen Versammlung zu sichern."

Jedoch: Die Gesetze eines Staates sind nur soviel wert wie die Wachsamkeit seiner Bürger,* die darauf achten, daß sie eingehalten werden.

Auch im Dritten Reich begann die Verfolgung der Juden mit der Einschränkung und schließlich Aberkennung ihrer bürgerlichen Rechte. Eine (schon vor 1933 begonnene) flächendeckende Hetzkampagne in allen Zeitungen bereitete die endgültige physische Ausrottung der Juden, Kommunisten, Zigeuner vor. Und auch damals wurden Mitglieder der Zeugen Jehovas verfolgt und im KZ umgebracht (diese unselige Tradition wird totgeschwiegen).

Heute - 50 Jahre danach - sind wir wieder einer beispiellosen Hetze, diesmal gegen "Sekten", ausgesetzt, die sich desselben Vokabulars, ja sogar derselben Bilder und Karikaturen bedient, wie zuvor die Nazis in ihrer antijüdischen Haßpropaganda (nachzusehen und -lesen in der Broschüre "Haß und Propaganda, sanktioniert und betrieben von Medien und Behörden", Hrsg. Scientology Kirche und dort erhältlich; Bilder unten aus el dieser Broschüre).

* Präambel zur gültigen griechischen Verfassung.

Darum wehren Sie den Anfängen und widersetzen Sie sich der Pressehetze mittels Einschalten des Gehirns und Einsatz des eigenen Urteilsvermögens! Niemand sage später, er habe von alldem nichts gewußt!

Wer sich nicht durch Schweigen zum Mittäter machen will, ist aufgefordert, seine staatsbürgerliche Pflicht wahrzunehmen und auf die Einhaltung der Rechte auf freie Meinungsäußerung und auf Religionsfreiheit zu bestehen. Schreiben Sie Protestbriefe an die österreichische Regierung, Dr. Vranitzky, Ballhausplatz 2, und das Innenministerium, Dr. Löschnak, Herrengasse 7, beide 1010 Wien. (Kopien bitte an unsere Postfachadresse, siehe Impressum.) Protestieren Sie gegen die Finanzierung von Organisationen, die die Bespitzelung und Verfolgung von Kleinreligionen mit Staatsgeldern, sprich: unser aller Steuergeldern, betreiben. Fordern Sie die Trennung von Kirche und Staat und die Gleichbehandlung aller Religionen, und zwar unabhängig von deren Größe, Machtposition und Glaubensinhalt.

Plattform für Religionsfreiheit: Hare Krishna, Initiative Neue Linke, Sahaja Yoga, Scientology Kirche Österreich.

Die Scientology Kirche ist unpolitisch und überkonfessionell. Sie achtet die religiöse Überzeugung anderer, doch wo unter dem Deckmantel der Religion Menschenrechte verletzt werden, sehen wir nicht tatenlos zu.

Scientology Kirche Österreich

Wer sich für Juden einsetzt, ist selbst ein Jude, oder wer sich für "Sekten" einsetzt, wird selbst als solche bezeichnet. Diesen Reflex kennen wir, er kann uns, die Initiative Neue Linke, aber nicht daran hindern, dieses Flugblatt mitzuunterzeichnen.

Wir sind eine politische Organisation, deren Basis Wissenschaft und Vernunft ist. Deshalb fordern wir aufs dringlichste die Einhaltung der Grundrechte auf Religions- und Meinungsfreiheit, denn zur Bildung einer eigenen Meinung gehört die Möglichkeit zum Vergleich, deshalb: Solange es Religionen gibt, sollen es möglichst viele sein.

Initiative Neue Linke

Wem die Parallele zwischen Judenverfolgung und aktueller Sektenhetze immer noch absurd vorkommt, der mache sich selbst ein Bild:

Der Stürmer

August 1934

Hamburger Abendblatt

11. Oktober 1991

